

Workshop 5: Macht und Raum

Der von Paul REUBER (Münster) moderierte Workshop 5 befasste sich mit dem Themenkomplex "Macht und Raum".

Georg GLASZE (Mainz) skizzierte im Rahmen eines zukünftigen Forschungsprojektes die *Organisation Internationale de la Francophonie* (OIF) als geopolitisches Instrument. Als Gemeinschaft der Länder (Staaten), die den französischen Sprachgebrauch gemeinsam habe, sei sie zunächst eine politische Gemeinschaft, die ihre Schwerpunkte jedoch auch als Kultur- und Wertegemeinschaft derart setze, dass sie mit der Differenz *mondialisation* vs. *globalization* einem humaneren Kontrapunkt gegen die neoliberale amerikanische Globalisierung (gegen die amerikanische Kulturindustrie) institutieren wolle. In diesem Sinne seien Sprache und Geopolitik eng verbunden, da gemeinsame Sprache als Einheit einer Differenz betrachtet werden könne. GLASZE schlug einen Zugang vor, der die Verbreitung und Stärkung von Sprache (Sprachpolitik) mit der Etablierung territorialer Macht verbindet. Dazu wird a) handlungstheoretisch auf die Akteure geschaut, die bei der Etablierung einer Organisation der Frankophonie mitwirken, b) eine inhaltliche Analyse der Beeinflussung nationaler Außenpolitiken durch Mitgliedschaft in der OIF angestrebt und c) die Frage gestellt, wie der Stellenwert der Organisation als Internationaler Akteur zu klären ist. Abschließend ist eine Dekonstruktion der Ideen und Bilder, die als frankophone Identität geschaffen und ggf. in politischen Auseinandersetzungen aktiviert werden, angestrebt. Als Ziel ist somit ein handlungstheoretischer Nachvollzug der Institutionalisierung der OIF beabsichtigt, und die Betrachtung von Entscheidungsabläufen sowie die Gewichtung der OIF als Akteur von Sprachpolitik geplant.

In ihrem stärker inhaltlich ausgerichteten Referat thematisierte Claudia WUCHERPFENNIG (Frankfurt a. M.) die Umstrukturierungs- und Ästhetisierungsprozesse, denen Bahnhöfe im Zuge der 1994 vollzogenen (Teil-) Privatisierung der Bahn unterliegen. Dabei stellte sie deutlich heraus, dass die Bahn unter dem Schlagwort "Bahnhofskultur" zum Einen an die Tradition des Bahnhofs als bedeutsamen und gehobenen Teil des öffentlichen Lebens anknüpfe, zugleich aber diese Tradition nicht perpetuiere, sondern sie mittels der Privatisierung des ehemals öffentlichen Raums in Richtung einer Ökonomisierung des Sozialen variere. Übergreifend werde daher versucht, an die Narration der Blütezeit von Bahnhöfen um 1900 anzuknüpfen, um das Image der Bahnhöfe vom "Unort" zum neuen "Inort" aufzubessern. Der Bahnhof diene dabei einerseits als Signifikationsfläche, in der sich das Selbstbild der neuen "Bahn" materialisiere: flexibel, sauber, einheitlich, modern. Andererseits werde dieses Selbstbild durch zahlreiche Exklusions- und Normierungspraktiken auch körperzentriert etabliert, um eine sich im (halb)privaten Raum vollziehende multifunktionale Konsumkultur ohne "Schmuddelecken" zu fördern und zu sichern. Der Begriff der Bahnhofskultur stelle daher mehr als nur einen Distinktionsbegriff dar; er müsse als Ausdruck einer Praxis zur Etablierung einer spezifischen Wirklichkeit gesehen werden.

Stärker konzeptionell bearbeitete Annika MATISSEK (Münster) das Thema der Renaissance bzw. Restrukturierung der Bahnhöfe, indem sie eine poststrukturalistische Diskursanalyse als adäquates methodisches Vorgehen vorschlug, das die bislang herrschende methodologische Unsicherheit der Diskursanalyse überwinden solle. (Herkömmliche) Interpretative wie strukturalistische Diskursanalysen böten einen verengten Blick, da sie kondensiert auf die sich in Texten manifestierenden Intentionalität von Autoren achteten bzw. Diskurse als

textlichen Ausdruck überindividueller Strukturen ansähen. Damit könne die eigentliche Stärke beider Ansätze, nämlich Sprache als zentral bei der Konstitution gesellschaftlicher Wirklichkeit anzusehen, nicht genügend zur Geltung kommen. Ein poststrukturalistisches Verständnis erlaube es hingegen, jeden Text als in einen spezifischen Kontext eingebunden zu sehen, der sowohl subjektive wie strukturelle Aspekte umfasse.

Benedikt KORF (Berlin) benutzte den Kritischen Realismus, um eine wissenschaftstheoretische Kritik an ökonomischen Theorien der quantitativen Bürgerkriegsforschung zu formulieren. Der Kritische Realismus habe den Vorteil, die bisherige Kluft zwischen positivistischen und konstruktivistischen (poststrukturalistischen) Theorien zu überwinden, indem er postuliere, dass es eine vom Wissen unabhängige Realität gebe, diese aber eben nicht unmittelbar empirisch zugänglich sei. Zugleich mache er es sich zur Aufgabe, die tiefer liegenden, über das subjektive Wahrnehmen hinausgehenden Faktoren der Wirklichkeitskonstitution offen zu legen und somit im weitesten Sinne an die Kritische Theorie anschlussfähig zu sein. Diese Offenlegung könne aber nicht durch direkte Beobachtung geschehen, sondern nur in Berücksichtigung des Kontextes gelingen (wenngleich KORF auf eine Explizierung des vagen Terminus ‚Kontext‘ verzichtete). Zugleich könne der Kritische Rationalismus so zwischen guten und schlechten Erklärungen der Realität differenzieren, wobei das Entscheidungskriterium über die Relevanz der Theorie gewonnen werde. KORF wendete diese Theorie an einem ökonomistischen Erklärungsmodell für Bürgerkriege an, das die Gier nach Gewalttrenten als ausschlaggebend für Rebellionen im Staat ansieht. Eine kritisch-realistische Kritik zeige hingegen, dass die Kontextabhängigkeit zu stark vernachlässigt werde und eine Reformulierung des Ansatzes „*entweder Gier oder Groll*“ zu „*Gier und Groll*“ anzustreben sei. Nur so könnten die komplexen Interaktionen und die teilweise paradox-zirkuläre Situation von Netzwerkbildungen (Kontingenz der Täter-Opfer-Beziehungen), die sich dem Kausalismus der ökonomischen Theorie nicht fügten, angemessen dargestellt werden. Mit dem Kritischen Realismus werde deshalb immer auch eine der gesellschaftlichen Komplexität angemessenere Beschreibung der tiefen Mechanismen der Strukturierung gesellschaftlicher Realität erhofft.

Tim FREYTAG (Heidelberg) analysierte den Zusammenhang von Macht und Raum mittels eines organisationstheoretischen Ansatzes, der die Bedeutung des Bildungssystems in den Vordergrund stellte. Sich abgrenzend von Theorien, die das geringere Bildungsniveau der *Hispanics* in New Mexico (USA) einseitig von der zwar statistisch verfügbaren, aber wissenschaftlich unbefriedigenden Kategorie der Ethnizität abhängig machen, plädierte FREYTAG für einen mehr kontextorientierten Kulturbegriff, im Sinne eines im Bildungssystem wirkenden und es permanent penetrierenden ethnisch-kulturellen Hintergrundes. Diese Konstellation erlaube es, vier Thesen zum Verhältnis von Kultur und Ethnizität zu formulieren. Zunächst seien die Lehrpläne der Schulen und Universitäten immer Ausdruck normativer gesellschaftspolitischer Vorstellungen, die kontextuell situiert und in diesem Sinne kulturell seien. Zweitens besitze jeder Bildungsteilnehmer einen spezifischen ethnisch-kulturellen Hintergrund (Bildungskultur), aus dem potenziell ein kulturelles Spannungsverhältnis zwischen Bildungsteilnehmer, Lehrkörper und der Kultur der Organisation emergieren könne. Drittens könne diese Konstellation dann zu Unterschieden im Bildungsverhalten und Ausbildungsniveau führen. Daraus folge als vierter Punkt, dass kritisch hinterfragt werden müsse, inwieweit das Leistungsprinzip

im Bildungswesen überhaupt auf den spezifischen ethnisch-kulturellen
Wissenshintergrund eingehen könne bzw. ob dieser nicht verdeckt werde.